

Aktuelles aus der Hauptstadt von Ihrem **CDU** – Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Fuchs

Brief aus Berlin - Juni 2017



Liebe Leser/innen,

mit Helmut Kohl ist am vergangenen Freitag ein großer Staatsmann gestorben. Die deutsche Wiedervereinigung und das vereinte Europa werden immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Wir danken Helmut Kohl dafür und werden ihn nie vergessen. In unseren Gedanken sind wir auch bei seiner Familie.



Bild: Bundesregierung/Steffi Loos

Viele von uns verbinden persönliche Erinnerungen mit ihm. Auch in seinen letzten Lebensjahren war uns der Rat Helmut Kohls wichtig. Wir erinnern uns noch lebhaft an seinen letzten Besuch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor fünf Jahren. Dort war zu spüren, wie wichtig ihm die Fraktion, die er über lange Jahre geführt und die er stets als seine politische Heimat betrachtet hatte, immer noch war. Helmut Kohl hat uns bei diesem Besuch im September 2012 eindringlich daran erinnert, dass unser Einsatz dem Frieden gelten muss – und dass dieser Frieden nur durch ein geeintes Europa bewahrt werden kann.

Wir verneigen uns vor Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas. Wir wissen, was unser Kontinent, was unser Land, was aber auch unsere Partei und unsere Fraktion ihm zu verdanken haben. Sein Vermächtnis ist unser Ansporn. Wie niemand sonst weiß die Union um Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt. Wir werden Helmut Kohl ein ehrendes Andenken bewahren.

Ihr

Michael Fuchs



Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung – 18. Legislaturperiode

Die Zahlen zur Entwicklung des Tourismus in der ablaufenden Wahlperiode geben Anlass zur Freude: Die deutsche Tourismusbranche hat im Jahr 2016 mit einer Bruttowertschöpfung von ca. 100 Milliarden Euro das sechste Rekordjahr in Folge verzeichnet. Im Vergleich zum Jahr 2015 konnte eine Steigerung um elf Millionen Übernachtungen auf insgesamt 447 Millionen erzielt werden. Erfreulich ist außerdem, dass nicht nur der Städtetourismus, sondern auch der Tourismus im ländlichen Raum beachtlich gewachsen ist. Dies zeigt, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode die richtigen Entscheidungen für die 2,9 Millionen direkt im Tourismus Beschäftigten getroffen haben.

Aus dem Parlament

Gesetz zur Einführung einer Berufszulassungsregelung für gewerbliche Immobilienmakler und Verwalter von Wohnungseigentum

Entsprechend dem Koalitionsvertrag beschlossen wir in zweiter und dritter Lesung insbesondere die Einführung einer verpflichtenden Fortbildung für alle Wohneigentums- und Mietverwalter sowie für Immobilienmakler alle drei Jahre.

Erstes Gesetz zur Änderung des Schornstiefegerhandwerksgesetzes

Wir verabschiedeten in zweiter und dritter Lesung einen erleichterten Vollzug des Schornstiefegerhandwerksgesetzes auf Landesebene. Dafür änderten wir unter anderem Regelungen zum Vollstreckungsrecht, verschärfte die Anforderungen an die Neutralität der bevollmächtigten Bezirksschornstiefeger und erhöhten den Schutz von Kkehrbuchdaten. Durch diese Änderung tragen wir zur Verbesserung des Wettbewerbs zwischen dem Schornstiefegerhandwerk und angrenzenden Gewerben, wie etwa den Ofen- und Luftheizungsbauern, bei.

Gesetz zur Sicherung der tarifvertraglichen Sozialkassenverfahren und zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir ein Gesetz zur Absicherung der bestehenden tarifvertraglichen Sozialkassenverfahren auch außerhalb des Baugewerbes. Damit schaffen wir nicht nur Rechtssicherheit und Rechtsklarheit, sondern schützen auch das in den betroffenen Branchen gebildete Vertrauen, dass alle Arbeitgeber zu den Sozialkassenverfahren solidarisch beitragen. Zudem schließen wir eine Regelungslücke im Arbeitsgerichtsgesetz, um Arbeitsgerichten zu ermöglichen, im Klagefall Beitragsansprüche der Sozialkassen besser durchsetzen zu können.



Bericht zur Umsetzung der Hightech-Strategie – Fortschritt durch Forschung und Innovation und Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2017

In ihrem Bericht informierte die Bundesregierung über die Umsetzung der Hightech-Strategie und nahm zugleich Stellung zum Jahresgutachten 2017 der Expertenkommission Forschung und Innovation. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die 2006 gestartete Strategie in den vergangenen zehn Jahren maßgeblich zur Verbesserung der Position Deutschlands im globalen Wettbewerb beigetragen hat. So ist es gelungen, ein Umfeld zu schaffen, das die Umsetzung von Ideen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen befördert. Das Ziel der Bundesregierung, jährlich drei Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung einzusetzen, haben wir 2015 erstmals erreicht.

Aus dem Parlament

Aktionsplan Nanotechnologie 2020 der Bundesregierung

Als Teil der Hightech-Strategie ist der Aktionsplan Nanotechnologie die ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung zur Förderung von Nanotechnologie für den Zeitraum von 2016 bis 2020. Dabei handelt es sich um eine Schlüssel-technologie, mit der sich beispielsweise leistungsfähigere Batteriespeicher und Leichtbauteile herstellen lassen. Im vergangenen Jahr bezuschusste alleine das Bundesforschungsministerium die Förderung von Nanotechnologie mit 190 Millionen Euro.

Bericht über die Programme zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand in der laufenden Legislaturperiode, insbesondere über die Entwicklung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) für das Jahr 2016

Der jährliche Bericht über den aktuellen Stand der Programme zeigt, dass die jüngste programmatische Neuausrichtung mit den vier Säulen Gründung, Kompetenz, vorwettbewerbliche Forschung sowie marktnahe Forschung und Entwicklung richtig ist. In dieser Legislaturperiode haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Fördermittel des Wirtschaftsministeriums für den innovativen Mittelstand von 870 Millionen Euro 2012 auf derzeit 980 Millionen Euro 2017 gestiegen sind. Die Programme haben sich in der Praxis als außerordentlich wirkungsvoll erwiesen.



„Erhards letzter Enkel“ -

Ein Beitrag zu meinem wirtschaftspolitischen Papier „Starke Wirtschaft – Sichere Zukunft“

aus der Wirtschaftswoche vom 16.06.2017

Erhards letzter Enkel MICHAEL FUCHS

Der CDU-Mann hat versucht, als Unternehmer bessere Politik zu machen. Doch er ist an der Kanzlerin ge-

scheitert. Michael Fuchs musste mal raus aus dem Hohen Haus. Der Vize der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, zuständig für Wirtschaft und Energie, steht in Venedig, hinter ihm sind die Lagunen zu sehen. Bella Italia und Biennale ... – hier ist Berlin viel weiter weg als nur anderthalb Flugstunden. Fuchs, 68, will Energie tanken, für die beiden letzten Sitzungswochen des Bundestags vor der

Wahl. Die vergangenen Monate waren anstrengend. Fuchs hat viel telefoniert, sich mit Wirtschaftsexperten aus Unternehmen und Wissenschaft beraten, unermüdlich Material für ein Thesenpapier gesammelt, 13 Seiten lang am Ende, der Titel lautet: „Starke Wirtschaft – sichere Zukunft: Themen und Thesen für eine vorausschauende Ordnungspolitik“. Fuchs erzählt von dem Papier wie jemand, der all sein Herzblut hineingelegt hat. Es geht um den Abbau der Subventionen für alternative Energien, um eine ambitionierte Gigabit-Infrastruktur, auch um flexiblere Arbeitszeitregelungen. Es ist eine Art Blaupause, wie der Standort Deutschland fit bleiben könne in der Zukunft. Fuchs will möglichst viele seiner Ideen im Wahlprogramm verankern, das die Union Anfang Juli beschließen wird. Deswegen habe er das Schreiben auch direkt an Angela Merkel geschickt, erzählt Fuchs. Und? „Hat die Kanzlerin schon geantwortet, Herr Fuchs?“ Nein. Bislang nicht. Es ist nicht der Grund, weshalb Fuchs bald Schluss macht mit der aktiven Politik, Fuchs ist auch gesundheitlich angeschlagen. Aber das viele Schweigen von Merkel hat ihn gewiss nicht ermuntert, zu bleiben. Im September wird der CDU-Politiker als Abgeordneter also aus dem Bundestag ausscheiden, nach 15 Jahren. Und obwohl Fuchs das niemals öffentlich sagen würde, tut er dies auch ein wenig wegen Merkel. Nicht, weil er sie nicht schätzte, er redet in den höchsten Tönen von ihr. Aber was er nicht mag: ihre Wirtschaftspolitik. Oder besser gesagt: das Fehlen ihrer Wirtschaftspolitik. Und das verrät viel über das schwierige Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik in Merkel-Deutschland.

Fortsetzung auf Seite 5

Presse

32 WIRTSCHAFT & POLITIK

Erhards letzter Enkel

MICHAEL FUCHS

Der CDU-Mann hat versucht, als Unternehmer bessere Politik zu machen. Doch er ist an der Kanzlerin gescheitert.

Michael Fuchs musste mal raus aus dem Hohen Haus. Der Vize der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, zuständig für Wirtschaft und Energie, steht in Venedig, hinter ihm sind die Lagunen zu sehen. Bella Italia und Biennale ... – hier ist Berlin viel weiter weg als nur anderthalb Flugstunden.

Fuchs, 68, will Energie tanken, für die beiden letzten Sitzungswochen des Bundestags vor der Wahl. Die vergangenen Monate waren

das Fehlen ihrer Wirtschaftspolitik. Und das verrät viel über das schwierige Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik in Merkel-Deutschland.

Enttäuschte Erwartungen

Schließlich verkörpert der großgewachsene Rheinländer wie vielleicht kein Zweiter die Erwartungen, Ernüchterungen und Enttäuschungen der deutschen Wirtschaft in der Merkel-Ära. Fuchs kam just ins Parlament, als CDU-Wirtschaftsfachmann Friedrich Merz von Merkel kaltgestellt worden war. Damals glaubte Fuchs, er könne dank seiner Erfahrung die Rolle von Merz übernehmen – und die Union auf einen marktwirtschaftlichen Kurs trimmen.

Und viele glaubten auch, er könne das. Immerhin war Fuchs als Exchef des Außenhandelsverbandes debattengestählt. Wirtschaftlich unabhängig war er sowieso. Der studierte Apotheker und Mediziner hatte ein international tätiges Unternehmen für

Elektronik- und Geschenkartikel gegründet und später für einen vermutlich ordentlichen Millionenbetrag an einen niederländischen Konzern verkauft.

Aber 15 Jahre später fällt die Bilanz von Fuchs mäßig aus. Der CDU-Wirtschaftsflügel ist fast nonexistent geworden. Wenn Fuchs abtritt, bleibt als profilierteste Wirtschaftsstimme in der Union wohl Carsten Linnemann übrig, Chef der Mittelstandsvereinigung. Der jungenhafte 39-Jährige ist rege. Aber er war noch nie wirklich etwas anderes als ein Parteipolitiker.

Natürlich weiß Fuchs das alles. Entsprechend verhalten spricht er über seine politische Story. „Ich habe versucht, die Ordnungspolitik hochzuhalten“, sagt er, immerhin. Der politische und gesellschaftliche Mainstream sei aber leider in eine andere Richtung gegangen, schiebt er nach.

Der Abgeordnete Fuchs steht damit auch für das Scheitern eines Experiments, das in Deutschland viel zu wenig Schule macht –

Bild: WiWo

FOTO: PHOTOMARKET/REUTERS



Fortsetzung von Seite 5

Damals glaubte Fuchs, er könne dank seiner Erfahrung die Rolle von Merz übernehmen – und die Union auf einen marktwirtschaftlichen Kurs trimmen. Und viele glaubten auch, er könne das. Immerhin war Fuchs als Exchef des Außenhandelsverbandes debattengestählt. Wirtschaftlich unabhängig war er sowieso. Der studierte Apotheker und Mediziner hatte ein international tätiges Unternehmen für Elektronik- und Geschenkartikel gegründet und später für einen vermutlich ordentlichen Millionenbetrag an einen niederländischen Konzern verkauft. Aber 15 Jahre später fällt die Bilanz von Fuchs mäßig aus. Der CDU-Wirtschaftsflügel ist fast nonexistent geworden. Wenn Fuchs abtritt, bleibt als profilierteste Wirtschaftsstimme in der Union wohl Carsten Linne-
Presse mann übrig, Chef der Mittelstandsvereinigung. Der jungenhafte 39-Jährige ist rege. Aber er war noch nie wirklich etwas anderes als ein Parteipolitiker. Natürlich weiß Fuchs das alles. Entsprechend verhalten spricht er über seine politische Story.

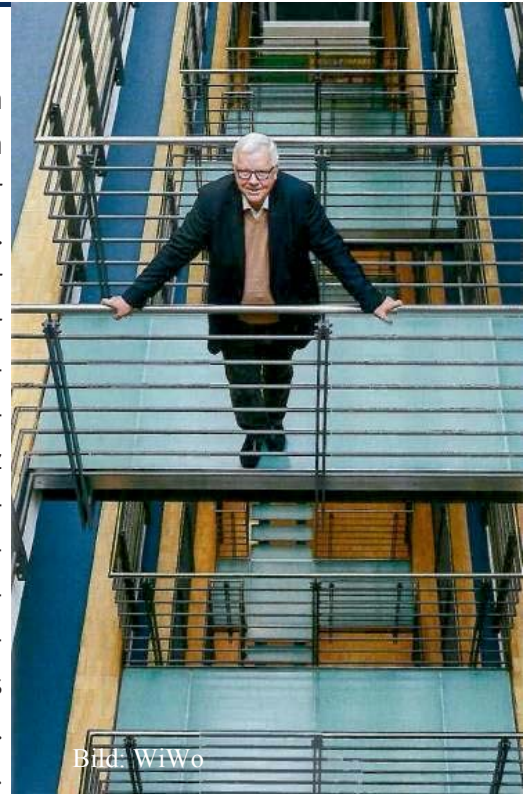


Bild: WiWo

„Ich habe versucht, die Ordnungspolitik hochzuhalten“, sagt

er, immerhin. Der politische und gesellschaftliche Mainstream sei aber leider in eine andere Richtung gegangen, schiebt er nach. Der Abgeordnete Fuchs steht damit auch für das Scheitern eines Experiments, das in Deutschland viel zu wenig Schule macht – für den Quereinstieg. Kann einer, der versteht, wie Wirtschaft funktioniert, auch in der Politik viel bewirken? Kann ein Unternehmer damit klarkommen, dass Regieren anders ist als Führen, eher ein Durchwursteln als ein Durchentscheiden? Fuchs glaubt daran noch immer. Das ist zu spüren, sobald die Rede wieder auf sein jüngstes Reformpapier kommt. Er spricht über die Spannungen in Katar, über eine drohende Energiekrise oder die mögliche Zinswende in den USA, wie „verdammte schnell sich alles ändern kann“. Dann, so hofft er, begriffen auch wieder mehr Deutsche, dass die heimische Wirtschaft keineswegs unverwundbar sei, sondern vor allem von extrem niedrigen Zinsen und dem schwachen Euro-Kurs profitiere. „Dann wird auch Kanzlerin Merkel intensiver über Reformen nachdenken müssen.“ Nur: Will sie das überhaupt, über Fuchs' Vorschläge nachdenken? Und brächte sie den Mut auf, Reformen umzusetzen, obwohl sie genau das in den vergangenen drei Legislaturperioden tunlichst vermieden hat? Die Kanzlerin hat bislang noch keine größere Wirtschaftsreform verabschiedet, nicht mal während der schwarz-gelben Koalition.

Fortsetzung auf Seite 7



Fortsetzung von Seite 7

Enttäuschte Erwartungen

Schließlich verkörpert der groß gewachsene Rheinländer wie vielleicht kein Zweiter die Erwartungen, Ernüchterungen und Enttäuschungen der deutschen Wirtschaft in der Merkel-Ära.

Fuchs kam just ins Parlament, als CDU-Wirtschaftsfachmann Friedrich Merz von Merkel kaltgestellt worden war.

Presse



Abschied Mit Fuchs geht der vielleicht letzte Marktwirtschaftler der CDU

für den Quereinstieg. Kann einer, der versteht, wie Wirtschaft funktioniert, auch in der Politik viel bewirken? Kann ein Unternehmer damit klar kommen, dass Regieren anders ist als Führen, eher ein Durchwursteln als ein Durchentscheiden?

Fuchs glaubt daran noch immer. Das ist zu spüren, sobald die Rede wieder auf sein jüngstes Reformpapier kommt. Er spricht über die Spannungen in Katar, über eine drohende Energiekrise oder die mögliche Zinswende in den USA, wie „verdammt schnell sich alles ändern kann“. Dann, so hofft er, begriffen auch wieder mehr Deutsche, dass die heimische Wirtschaft keineswegs unverwundbar sei, sondern vor allem von extrem niedrigen Zinsen und dem schwachen Euro-Kurs profitiere. „Dann wird auch Kanzlerin Merkel intensiver über Reformen nachdenken müssen.“

Nur: Will sie das überhaupt, über Fuchs' Vorschläge nachdenken? Und bräute sie den Mut auf, Reformen umzusetzen, obwohl sie genau das in den vergangenen drei Legislaturperioden tunlichst vermieden hat? Die Kanzlerin hat bislang noch keine größere Wirtschaftsreform verabschiedet, nicht mal während der schwarz-gelben Koalition.

„Schlimmeres verhindert“

Manchmal hat Fuchs, sonst ein konzilianter Typ, dagegen protestiert. Etwa, als er im August 2010 zusammen mit 39 Vorstandschefs deutscher Topkonzerne und Verbandspräsidenten einen energiepolitischen Appell pro Kernkraft und Kohle in ganzseitigen Anzeigen großer Tageszeitungen veröffentlichte. Aber Merkel ließ sich nicht davon beeindrucken. Fuchs hat die Aktion nur einen Spitznamen eingebracht, in der Fraktion nennen ihn manche seither „Atom-Fuchs“.

Rainer Brüderle, Ex-FDP-Wirtschaftsminister und eng befreundet mit Fuchs, zitiert da-

Bild: Wiwo

„Schlimmeres verhindert“

Manchmal hat Fuchs, sonst ein konzilianter Typ, dagegen protestiert. Etwa, als er im August 2010 zusammen mit 39 Vorstandschefs deutscher Topkonzerne und Verbandspräsidenten einen energiepolitischen Appell pro Kernkraft und Kohle in ganzseitigen Anzeigen großer Tageszeitungen veröffentlichte. Aber Merkel ließ sich nicht davon beeindrucken. Fuchs hat die Aktion nur einen Spitznamen eingebracht, in der Fraktion nennen ihn manche seither „Atom-Fuchs“. Rainer Brüderle, Ex-FDP-Wirtschaftsminister und eng befreundet mit Fuchs, zieht daher eine sehr eigene Bilanz von dessen Wirken. Fuchs habe mit seiner marktwirtschaftlichen Einstellung „Schlimmeres bei der CDU verhindert“. Das sei schon eine Menge, so Brüderle. Aber kann ein Erfolgsmensch wie Fuchs damit rundum zufrieden sein? Am Kanal in Venedig klingelt sein Handy, der CDUKämpfer meldet sich mit einem kräftigen „Hallo“. Ein Journalist ist dran. Am Morgen hat das Verfassungsgericht die Brennelementesteuer für grundgesetzwidrig erklärt. Was Fuchs davon halte? Ja, was soll Fuchs davon halten? Immer wieder hatte er für eine freiwillige Vereinbarung mit den Energieversorgern geworben, Geld gegen Laufzeitverlängerung. Die Regierung hörte nicht auf ihn. Nun muss Finanzminister Wolfgang Schäuble sechs Milliarden Euro zurückzahlen, plus Zinsen. Ob Politik aus solchen Fehlern lernt, ähnlich wie Unternehmen es tun? „Politik ist träge“, resümiert Fuchs, sie sei oft gefangen in den Zwängen der Wähler und Interessengruppen, der Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Fraktionszirkel und Koalitionskreise. Wenn er davon erzählt, klingt er nicht wie einer, der glaubt, diese Abhängigkeiten entwirren zu können. Fuchs will ab Herbst ein paar Beratungsmandate ausüben, sein Privatleben genießen, vielleicht auch mal wieder in ein Unternehmen reingucken. Und natürlich wird er weiterhin das politische Geschäft verfolgen. Dann aber von der Seitenlinie.



© I-vista / pixelio.de

Mein Statement zu Staatshilfen zur Rettung von Air Berlin

aus der Rheinischen Post vom 10.06.2017

Kritisch zu möglichen Staatshilfen äußerte sich Michael Fuchs, stellvertretender Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: "Die Politik kann das Unternehmen nicht mit staatlichen Mitteln am Laufen halten." Air Berlin müsse die Krise selbst oder mit Partnern bewältigen. "Ansonsten muss das Unternehmen aus dem Markt ausscheiden, so bedauerlich ich das fände."

zum Artikel:

<http://www.rp-online.de/politik/air-berlin-erklaert-flugtickets-trotz-krise-fuer-sicher-aid-1.6875593>

Presse

Mein Statement zur Zukunft von Air Berlin

aus der FAZ vom 09.06.2017

„Ich hoffe sehr, dass das Unternehmen erhalten bleibt, und habe Verständnis für die Mitarbeiter – ich bin immer dafür, wenn Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben“, sagte er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Aber es kann keine staatliche Lösung geben.“ Der Staat könne keine Unternehmen retten, das hätten zahlreiche Beispiele aus der Vergangenheit gezeigt, sagte Fuchs. „Entweder es gibt eine tragbare privatwirtschaftliche Lösung, oder Air Berlin muss aus dem Markt ausscheiden, so bedauerlich das wäre.“ Der Markt, nicht die Politik, korrigiere Managementfehler. Subventionen seien zudem in den allermeisten Fällen wettbewerbsverzerrend.

zum Artikel:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/luftfahrt-bundesregierung-prueft-staatshilfe-fuer-air-berlin-15054081.html>



Mein Statement zu den Rentenplänen von Bundesministerin Andrea Nahles aus der FAZ vom 14.06.2017

„Der Renten-Etat von Frau Nahles ist schon jetzt mehr als wackelig“, sagte der Vizechef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Fuchs dieser Zeitung. Nahles „lebe“ derzeit von stetig steigenden Bundeszuschüssen, die dann über Steuern eingesammelt werden müssten. „Eine Rentenreform, die den Namen wirklich verdient, muss dazu führen, dass dieser Zuschuss wieder sinkt“, sagte Fuchs. „Alles andere wäre eine Mogelpackung, bei der die Steuerzahler am Ende die Zeche zahlen.“

zum Artikel:

Presse

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/steuerzahler-traegt-ein-drittel-der-gesetzlichen-rente-15060061.html>

Mein Aussagen zum neuen Steuerprogramm von Martin Schulz aus Focus online vom 19.06.2017

Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) kommentierte den Auftritt des SPD-Trios mit den Worten, die Bürger hätten nach acht wirtschaftlich erfolgreichen Jahren mit steigenden Steuereinnahmen einen Anspruch auf Entlastung: "Herr Schulz zielt populistisch auf Reiche, wird aber mit Wucht den Mittelstand und die Sparer treffen." Wenn die SPD die Bundestagswahl zu einer Abstimmung über Steuererhöhungen machen wolle, dann gerne, sagte Fuchs der Nachrichtenagentur dpa.

zum Artikel:

http://www.focus.de/finanzen/steuern/entlastung-um-15-milliarden-euro-wer-vom-spd-steuerkonzept-profitiert-und-wer-nicht_id_7258421.html



Mein Statement zum Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG)

aus der WELT vom 20.06.2017

„Das wird vor der Wahl nichts mehr. Und das ist sehr ärgerlich“, sagte Michael Fuchs, Verhandlungsführer der CDU nach Gesprächen mit SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider und dem CSU-Abgeordneten Georg Nüsslein.

Die Union wollte eine schrittweise Angleichung der Übertragungsnetzentgelte in ganz Deutschland, indem einige Kostenpositionen auf die EEG-Umlage aufgeschlagen werden. „Das wäre gerechter und verträglicher für die Unternehmen. Aber das ist mit der SPD nicht zu machen“, erklärte Fuchs nun: „Leidtragende sind die Stromverbraucher, die heute schon besonders viel für die Netzentgelte zahlen.“

Presse

Zum Artikel:

<https://www.welt.de/wirtschaft/article165722453/Neue-Runde-im-Strom-Geschacher-zu-Lasten-des-Ostens.html>

Mein Interview zum Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in Berlin

auf Deutschlandfunk vom 03.06.2017

„Beide Seiten müssen zu hundert Prozent Unternehmen erwerben können. Es ist positiv, wenn chinesische Unternehmen bei uns kaufen, weil das zeigt, dass man Zusammenarbeit haben will, dass man nicht nur Zusammenarbeit haben will, sondern auch Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Denn das Beispiel Kuka zeigt das, in Deutschland werden Arbeitsplätze geschaffen. Das Beispiel auch von Putzmeister zeigt es, dass es ein gutes Joint Venture geworden ist – et cetera. Aber es ist auf der anderen Seite nicht einzusehen, dass das nicht für deutsche Unternehmen in China in gleicher Weise gilt.“

„Ich meine, die Chinesen wissen auch, dass sie beim Klima was tun müssen. Das haben sie selbst an vielen Stellen gemerkt. Gucken Sie sich die Wetterlagen in Peking oder auch im Pearl-River-Delta und so weiter an. Da ist einfach ein Klima, was nicht mehr auszuhalten ist und für viele Leute schon dazu führt, dass sie eigentlich am liebsten weg würden. Und das haben die Chinesen kapiert, und ich nehme an, dass die Chinesen da auch sehr schnell reagieren, sie sind ja dabei. Und deswegen gehe ich auch davon aus, dass sie im Klimabereich relativ bereit sind, mitzumachen.“

zum Interview:

http://www.deutschlandfunk.de/partnerschaft-mit-europa-die-chinesen-wissen-dass-sie-sich.694.de.html?dram:article_id=387790



Ein Beitrag zu meinem Papier “Starke Wirtschaft - Sichere Zukunft”

aus der FAZ vom 02.06.2017

FRANKFURT, 2. Juni. Die Arbeit am CDU-Wahlprogramm geht auf die Zielgerade. Die Kanzlerin hat ihren Minister Peter Altmaier mit dem Entwurf beauftragt. Der Wirtschaftsflügel der Partei macht hinter den Kulissen Druck. Seine Sorge wächst, dass gute Konjunktur und steigende Umfragewerte dazu verleiten könnten, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Michael Fuchs, der führende Wirtschaftskopf der Fraktion, geht daher nun in die Offensive. Er verlangt, dass die Union endlich wieder eine wirtschaftspolitische Strategie ohne „groß-koalitionäre Schere“ im Kopf entwickelt. Sprich: ohne vorausseilende Rücksichtnahme auf die SPD.

Presse

Fuchs hat aufgeschrieben, was in eine solche Strategie gehörte. Vordringlich ist für ihn eine Stromkosten-Wende, ein modernes Arbeitszeitgesetz, ein der alternden Gesellschaft angepasster (späterer) Rentenbeginn, Ehrlichkeit in der Flüchtlingspolitik, der Stopp staatlicher Kostensteigerungen im Wohnungsbau und umfassende Reformen und Investitionen, um „die digitale Revolution“ zu gewinnen.

Dem stellvertretenden Fraktionschef geht es um weit mehr als die schon bekanntgewordenen und kräftig debattierten Steuersenkungspläne. Bevor Fuchs im Herbst aus Altersgründen aus dem Bundestag ausscheidet, will er die CDU dazu bringen, sich wieder auf den Kern der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen: „Einen verlässlichen Ordnungsrahmen, Wettbewerb, Raum für individuelle Initiative und Kreativität – als Basis für volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Chancengerechtigkeit und ein faires Miteinander.“ Einige Punkte des 13-seitigen Papiers, das dieser Zeitung vorliegt, werden sie im Kanzleramt nicht gerne lesen. Besonders wichtig ist es Fuchs, die stark steigenden Strompreise zu dämpfen. Ohne „Stromkosten-Wende“ werde die energieintensive Industrie aus Deutschland verdrängt, fürchtet der frühere Unternehmer. Er will die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien nach 2025 beenden. Dort, wo der Netzausbau nicht vorankommt, müsse der Ausbau von Sonnen- und Windstrom gedrosselt werden. Die Erzeuger und Eigenversorger will er an den Netzkosten beteiligen. Und den Grünen, die schon den Kohleausstieg fordern, hält er entgegen: „Eine Energiewende, die fossile Kraftwerke in Deutschland stilllegt, bei Bedarf aber auf ausländische zurückgreift, ist eine Mogelpackung.“

Fuchs mahnt, den Verkehr der Zukunft nicht „zu eng“ auf Elektroautos zu beziehen, sondern für neue Technologien offen zu bleiben. Kaufprämien – ob für E-Mobile oder Diesel – lehnt er ab: „Sie sind keine intelligenten Politikinstrumente und sollten unterbleiben.“

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

Vollbeschäftigung müsse der nächste große Erfolg unionsgeführter Wirtschaftspolitik sein, wirbt Fuchs. Er sei in greifbarer Nähe, doch dürften Hürden auf dem Arbeitsmarkt nicht weiter erhöht werden. Er plädiert dafür, das Arbeitszeitrecht zu lockern, statt täglicher Höchst- und Mindestruhezeiten soll eine Wochenarbeitszeit gelten. Diese Reform koste nichts, komme aber vielen Arbeitnehmern entgegen, welche die neuen digitalen Möglichkeiten gerne zu flexiblerer Arbeit nutzen würden. Ehrlich umgehen müsse die Union mit dem Befund, dass viele Flüchtlinge ein unterdurchschnittliches Ausbildungsniveau hätten. Entscheidend sei ein niederschwelliger Zugang zum Arbeitsmarkt, durch Abschaffung von Vorrang-Prüfungen, Zeitarbeit und die Ausnahme vom Mindestlohn während der Qualifizierung.

Presse

Um das Versprechen „Wohlstand für alle“ einzulösen in Zeiten geringer Zinserträge, steigender Baukosten und Mieten sowie hoher Steuern und Abgaben sei die Entlastung insbesondere kleiner und mittlerer Einkommen „zentral“. So komme die gute Wirtschaftsentwicklung bei den Menschen an. Daneben brauche es das Versprechen, die Lohnzusatzkosten „robust bei maximal 40 Prozent“ zu stabilisieren. Aktuell ist diese Grenze leicht überschritten. Sparpotential sieht Fuchs in der Arbeitsverwaltung.

und im Gesundheitssystem, wo zu oft jeder Landrat sein unwirtschaftliches Krankenhaus verteidige. Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit sollten zur Senkung des Arbeitslosenbeitrags verwendet werden. „Versicherungsfremde Leistungen müssen fremdfinanziert werden oder unterbleiben“, verlangt er. Notwendig sei auch eine vierjährige „Staatskosten-Pause“: Die Union solle sich verpflichten, Kosten für Bauen und Wohnen in der nächsten Wahlperiode nicht durch neue Gesetze zu steigern.

Was den Breitbandausbau angeht, ärgert sich Fuchs über die falsche Weichenstellung der großen Koalition, die seine Partei mitgetragen hat. Es sei ein Fehler gewesen, sich auf die Notlösung einzulassen, die Telekom mit der Verstärkung der unzureichenden Kupferkabel (Vectoring) zu beauftragen. Das biete keine Perspektive. Notwendig sei nun bis 2025 die umfassende Versorgung mit Glasfaser und 5-G-Mobilfunk. „Der Bund sollte seine Anteile an der Telekom veräußern“, um diese Investitionen zu finanzieren, schreibt Fuchs. Schließlich berühre das jeden Bereich der Wirtschaft, ob Telemedizin, Handwerk oder autonomes Fahren.

Fortsetzung auf Seite 9



Fortsetzung von Seite 8

Neuen digitalen Geschäftsmodellen, wie dem Taxi-Dienst Uber oder dem Arzneimittel-Versandhandel „muss mit offenen Armen und nicht mit protektionistischen Verbotsreflexen begegnet werden“, stellt sich Fuchs gegen CDU-Gesundheitsminister Hermann Gröhe, der Versand-apotheken verbieten will. Ein Dorn im Auge ist Fuchs die schleppende Planung von Infrastrukturvorhaben. Ziel müsse eine „Beschleunigung um 15 Prozent innerhalb der nächsten fünf Jahre“ sein. Außerdem empfiehlt er, auf Gesetzen „Bürokratie-Warnhinweise“ so plakativ zu drucken, wie die Gesundheitswarnungen auf Zigarettenschachteln.

Auch das Bundeswirtschaftsministerium knöpft sich Fuchs vor. Vom Hüter der Ordnungspolitik sei es zum Verwalter von Förderprogrammen und kleinteiligen Steuerer der Energiewende geworden, der Jahreswirtschaftsbericht eine politische Pflichtübung, kein strategisches Instrument der Wirtschaftspolitik. Leidtragende seien mittelständische Unternehmen, die auf einen fairen Schiedsrichter im Wettbewerb angewiesen seien. „Das muss sich ändern“, verlangt Fuchs. Sein Papier liegt im Kanzleramt. Es hat den Rückhalt vieler Wirtschaftspolitiker der Fraktion. Gespannt warten sie, ob sich wenigstens Teile im Programmentwurf finden werden.

Presse



Süddeutschland Hochburg der deutschen Digitalisierung

In einer jüngst veröffentlichten Studie auf Grundlage einer Big-Data-Analyse wertete das Institut der deutschen Wirtschaft Köln die Zahl und regionale Verteilung der im Jahr 2014 angemeldeten und nun gültig gewordenen Digitalisierungspatente in Deutschland aus. Jedes vierte Digitalisierungspatent stammt demzufolge aus dem Großraum München. In der bayerischen Landeshauptstadt allein werden somit mehr Digitalisierungspatente angemeldet als in jedem anderen Bundesland – etwa doppelt so viele wie in ganz Nordrhein-Westfalen. Mit einem Schnitt von 37 Patentanmeldungen pro 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter weist Bayern insgesamt die mit Abstand höchste Patentleistung im Bereich Digitalisierung auf. Damit übertrifft das süddeutsche Bundesland den Bundesdurchschnitt um das nahezu Dreifache. An zweiter Stelle steht Baden-Württemberg mit 23 Patentanmeldungen pro 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. *(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)*

Daten und Fakten

Deutsche Start-ups schaffen im Schnitt 18 Arbeitsplätze

Die Vorstellung von Start-ups als Ein-Mann-Betriebe hat mit der Realität nur noch wenig zu tun. Im Schnitt beschäftigt jedes deutsche Start-up Unternehmen derzeit 18 Mitarbeiter. Im Vergleich dazu waren es 2016 15 Angestellte. Dies belegen Ergebnisse einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom unter mehr als 250 Unternehmensgründern. Dass deutsche Start-ups dabei immer erfolgreicher werden, zeigt sich auch darin, dass etwa zwei Drittel (64 Prozent) von ihnen im zurückliegenden Jahr neue Mitarbeiter einstellten. Auch für 2017 geben mehr als drei Viertel der Befragten (77 Prozent) an, mit weiteren Einstellungen zu rechnen. *(Quelle: Bitkom)*

© Sililein74 / pixelio.de



Impressum:

Dr. Michael Fuchs MdB
Bahnhofstraße 27
56068 Koblenz

Telefon: 0261 - 9148090
Telefax: 0261 - 9148099

www.cdu-fuchs.de
michael.fuchs@bundestag.de

Bildnachweis:
www.pixelio.de

Textquellen:
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Deutscher Bundestag

